

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.

Preiskunden der Redaction
Dienstag 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-5 Uhr.

Die Redaction ertheilt keine
antworten auf Briefe, die nicht
richtig adressirt sind.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserte an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Anzeigen für Inf. Anzeigen:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Ludwig Köhler, Katharinenstr. 18, v.
nur bis 1/2 5 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 306.

Donnerstag den 7. October 1880.

74. Jahrgang.

Im Monat September 1880 sind vom Stadtrath ange stellt worden:

als Geiger in der Stadtmasseurkunst: Heinrich Robert Ehring; als Expedient beim kaiserlichen Museum: Friedrich Richard Wagner; als Rathsdienner: Eduard Johann Heinrich Kettler.

Bekanntmachung.

Das 20. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 25. d. M. auf dem Rathhaussaale öffentlich ausbängen. Dasselbe enthält: Nr. 1594. Verordnung, betreffend die Einberufung des Bundesraths. Vom 29. September 1880. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georol. Stöß.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Der Unterricht in der Lehrabtheilung wird Montag, den 11. October, wieder fortgesetzt. Anmeldungen zum Eintritt in diese Abtheilung werden täglich von 11-12 Uhr Vormittags im Schullocale entgegen genommen. Carl Wolfram, Director.

Die liberale Republik in Frankreich.

Der neue französische Minister des Auswärtigen hat die Cabineten der loyalen und friedlichen Gesinnung der Republik besucht. Alle Welt hat die gegebenen Erklärungen mit Befriedigung entgegengenommen. Man hatte auch, von dem Gambetta'schen Intermezzo abgesehen, keinen triftigen Grund zu der Annahme, daß die Franzosen den Krieg je eher je lieber wünschen, denn das Bedürfnis nach Ruhe und der Eifer an der Hebung der wirtschaftlichen Interessen machen sich heute allgemein jenseits des Rheins bemerklich. Man hat dort eben so wenig Freude an zerstückten Städten und blutgetränkten Schlachtfeldern wie bei uns in Deutschland, und der Cultus der Gloire findet nur noch in einigen Köpfen Platz, die den Chauvinismus als Metier betreiben. Bürger und Bauer sind durchaus für die Erhaltung des Friedens gestimmt und mit diesen Factoren hat Paris zu rechnen, das heute nicht mehr in dem Maße Frankreich ist, wie ehemals.

Es ist nun in der That an der Zeit, zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich ein aufrichtig friedliches, auf die Dauer berechnetes Verhältnis herbeizuführen; denn nur die Segnungen des Friedens sind allein im Stande, die Völker wahrhaft groß, frei und glücklich zu machen. Selbst das Schreckbild eines russisch-englisch-französischen Bündnisses scheint nunmehr im Erblichen zu sein, denn die Ansicht greift immer mehr Platz, daß der hinterlistigen Politik und der Eroberungslust Rußlands mit vereinten Kräften ein Ziel zu setzen sei, um endlich einen gesicherten Zustand unter den Nationen Europas herbeizuführen.

Wir wiederholen, Herr Barthélemy Saint-Hilaire ist ganz der Mann dazu, in Bezug auf den Frieden des Welttheiles gute Hoffnungen zu erwecken, wenigstens bessere, als die sind, zu denen man bisher berechtigt war. Wie sieht es aber mit der inneren Politik Frankreichs? Der Nachfolger Freycinet's in der Leitung der Präsidentschaft ist freilich Herr, insofern die Bedeutung der Persönlichkeit St. Hilaire's muß unbedingt auch auf die organische Verwaltung der Republik ein Einfluß sein. Barthélemy Saint-Hilaire betonte bekanntlich in seinem Rundschreiben, daß er die Bahnen Thiers' betreten wolle; erklärte doch ein Franzose, daß der neue Minister mehr von Thiers an sich habe, als Herr Thiers selbst!

Es ist hier nicht der Platz, aus der Gegenwart heraus eine Kritik des Staatsmannes Thiers und seiner Staatsactionen zu geben, allein man erinnere sich nur an das gestrige Wort dieses Mannes: „Die Republik wird conservativ sein, oder sie wird nicht sein!“ Das Staatsideal Thiers' war die Republik Dufaure's und Genossen. Diese halb liberale, halb conservativen Politiker kümmerten sich um die eigentliche Staatsform herzlich wenig. Sie verstanden unter der Republik ein Staatswesen, dem allerdings der Sonderling als Spitze fehlte, dessen politische und sociale Institutionen aber sich unter denen des constitutionellen Königthums ungefähr deckten. Mit andern Worten: Die Republik der Herrn Thiers und Dufaure ist oder war nichts Anderes als ein conservativ-constitutionelles Regime, dem der König fehlte.

Gegenwärtig verlangt der öffentliche Geist in Frankreich — was hilft es, sich irgend welchen Täuschungen hinzugeben? — etwas Anderes als die conservativ-republikanische. Mit fast ausgeprägtem Idealismus hofft man, nach so schweren Katastrophen endlich Raum zu gewinnen für eine friedliche Entwicklung zur politischen Freiheit und zur Einleitung eines wirtschaftlichen Gesundungsprozesses. Man verringert nach Möglichkeit die öffentlichen Kosten und beschafft die Mittel zur Erhaltung von Institutionen, die der allgemeinen Wohlfahrt unmittelbar dienlich sind. Von allem aus den früheren Regierungsformen überkommenen, durchaus veralteten Einrichtungen fällt einer nach dem andern und das wiedergeborene Frankreich erkennt darin die gereifte Frucht schwerer po-

litischer Kämpfe, denn es jubelt jeder Neuerung aus vollem Herzen zu. Wie lange dieser ideale Zustand verhalten wird, bleibt dahingestellt; aber was hier geschah und noch geschieht, konnte die conservativ-republikanische nicht bieten, denn die Grundbedingung ihrer Existenz war das Princip, an dem Alten nicht zu rütteln und Neuerungen zu widerstreben.

Hierin liegt nun auch der große Widerspruch zwischen dem Einflusse Barthélemy Saint-Hilaire's nach innen und dem Verlangen des Landes. Wie weit dieser conservativ-einsichtige Geist reicht, kann von uns nicht beurtheilt werden, wenigstens zur Stunde nicht, wo die Verhältnisse erst im Werden sind. Jedenfalls aber wird sich sehr bald im Cabinet ein Dualismus bemerklich machen, der zu einer neuen Krise führen muß. Die Lösung lautet daher heute: „Die Republik wird nicht conservativ sein, oder sie wird überhaupt nicht sein!“ Und mit diesem Satz hat jeder Staatsmann in Frankreich zu rechnen, der den Fortschritt, oder den selbstlosen Patriotismus liebt, sich heute in einem Ministerhotel einzurichten.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 6. October.

Die ultramontane Agitation gegen das Kaiserthum hat sich seit dem 1. October in Leipzig auf die rühmlichste Bollenbung des erhabenen, unter dem Bestande der ganzen Nation geführten Werkes. Dennoch steht zu hoffen, daß kein Mißthun in die bevorstehende Feiertage mischen werde. Der Zusage der kaiserlichen Majestäten, auch am zweiten Tage noch dem Feste beizuwohnen, ist jetzt der Besuch des Bismarck-Verwehlers Kibel aus Freiburg bei den Majestäten in Baden-Baden gefolgt. Wäre dieser Besuch mit Zustimmung der römischen Curie erfolgt, so wäre das ein Schlag für die rheinischen Ultramontanen. Auf die Anfrage wegen Ueberreichung einer Immediatengabe an Se. Majestät den Kaiser durch eine Deputation rheinischer Notablen ist aus Baden-Baden die Antwort erfolgt, daß der Kaiser beschloffen habe, in dieser Frage weder Deputationen, noch Adressen irgend einer Art vor der Dombausfeier entgegen zu nehmen. Ein würdiger Beschluß auf die „wirdige Zurückhaltung“ der liberalen Demonstranten, die mit ihrem Wunsch, das Fest zu feiern, durch kaiserliche Entschliebung zu warten angewiesen werden, bis dasselbe — vorüber ist.

Es darf als sicher angenommen werden, daß der Kaiser den lebhaften Wunsch geäußert hat, den Fürsten Bismarck bei dem Dombausfeste in Köln anwesend zu sehen. Aus Kreisen, welche dem Fürsten nahe stehen, verlautete noch bis vor wenigen Tagen, der Fürst selbst hege den Wunsch, nach Köln zu kommen. Wenn jetzt nun das Gegenteil gemeldet wird, so wird die Beschäftigung doch noch abzuwarten sein, obson man weiß, daß der Fürst genöthigt ist, auf seinen schwanlenden Gesundheitszustand Rücksicht zu nehmen.

Herr Richter, der Herold und Geschäftsführer der liberalen Seccession, hat gesprochen und zwar in der Stadt der „reinen Vernunft“. So mit können die Gesinnungsgenossen der Herren Kaiser und Forckenbeck den zahlreichen abfälligen Urtheilen, welche seitens großer Wähler- und Vertrauensmännerverfassungen gegen ihr Unternehmen abgegeben worden sind, wieder einmal ein Zustimmungswort entgegenhalten. Es kommt aus Opreußen, wo die seccessionistische Richtung überhaupt verhältnismäßig den günstigsten Boden hat, von einer liberalen Parteiversammlung in Königsberg, auf welcher die Hgg. Richter, Witte und Kische Ansprachen hielten. Wir fürchten nur, wenn Opreußen überhaupt wieder liberal wählt, so wählt es weder Nationalliberale noch Seccessionisten, sondern Fortschrittswänner. Wenn auch die Königsberger Resolution der Forderung Ausdruck giebt, es werde sich aus der derzeitigen Bewegung eine große liberale Partei entwickeln, in welcher alle wahrhaft liberalen und national-

gesinnten Elemente Platz finden, so vermögen wir uns dieser Erwartung auch nach den zu Königsberg gehaltenen Reden nicht hinzugeben, weil wir nicht einsehen können, wie eine Partei groß und fest werden soll dadurch, daß man sie noch mehr in Stücken schlägt. Uebrigens geht auch in Württemberg die nationalliberale oder „Deutsche Partei“ gegenüber der liberalen Seccession in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, welche ohne Zweifel für das Vorgehen und die Richtung der ausgetretenen Parteigenossen nicht günstig ausfallen wird. In Württemberg ist es besonders notwendig, daß die national und liberal gesinnten Elemente zusammenhalten und sich nicht wegen in zweiter Linie stehender Differenzen trennen; denn dort hat sowohl die nationale als die Sache des gemäßigten Liberalismus einen äußerst schwierigen Stand, wie die jüngsten Reichstagswahlen klar bewiesen haben. Die schwäbische Färbung der „Deutschen Reichspartei“ auf der einen Seite, die demokratische Volkspartei auf der andern, beide nicht ohne particularistische Thaten, haben bei jeder Wahl in Württemberg neues Terrain gewonnen; nach dem Austritt der Abgeordneten Hölzer und Römer aus dem nationalliberalen Parteiverband bei Gelegenheit der ersten (Böll'schen) Seccession zählt die Fraction überhaupt keine württembergischen Mitglieder mehr. Wenn unsere Parteigenossen in Württemberg in die bevorstehenden Wahlen mit besseren Ausichten auf Erfolg einzutreten hoffen, so ist es gewiß eine wesentliche Vorbedingung, daß sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen nicht aufkommen lassen. In ganz Süddeutschland liegen die Verhältnisse so, daß jede „Seccession“ ein geradezu selbstmörderisches Beginnen wäre.

Die Arbeiterversicherungs-Frage ist beinahe ausschließlich im vorigen Jahre Gegenstand eingehender Erörterungen und Untersuchungen im Reichstage und speciell in einer zur Berathung des Antrages Stumm niedergelegten Commission gewesen. Die Minorität dieser Commission (Dr. Gurrig, Straube, Dr. Günther und Wöllmer), welche dem Zwangsversicherungssystem widerstrebt, hatte damals für die freien Versorgungscassen den Rechtsboden schaffen wollen, den dieselben bis jetzt entbehren. Sie wollte denselben die Rechte einer juristischen Person sichern, ohne welche weder eine geordnete Geschäftsführung gesichert ist, noch die Betheiligten zu der Institution Vertrauen fassen können. Die Verleihung dieser Corporationsrechte sollte nicht Sache des Wohlwollens der Aufsichtsbehörde sein, sondern die Ertheilung sollte unter Einhaltung gewisser gesetzlicher Normativbestimmungen vom Staate gesichert werden können, und daher besagte der erste Paragraph des von den genannten vier Abgeordneten in verhältnismäßig kurzer Frist unter Anlehnung an die umfassensten Vorarbeiten von Dr. Marx für ausgearbeiteten Gesetzentwurfes: Rechtlich bestehende oder rechtlich zulässige Personenvereinigungen von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Unterstützung ihrer Mitglieder für den Fall der Altersschwäche und der Invalidität, sowie von Wittwen und Waisen der Mitglieder bezwecken, erhalten die Rechte einer eingeschriebenen Versorgungscasse durch die Eintragung in ein von der höheren Verwaltungsbehörde des Bezirks, in welchem die Casse ihren Sitz hat, zu führendes öffentliches Register. Am Pensionantenlisten für Staats- und Gemeindebeamte, auf ein- getragene Genossenschaften, eingeschriebene Hilfs- cassen, Corporationen des öffentlichen Rechts, religiöse Gesellschaften und Gesellschaften, denen ein Actiencapital zu Grunde liegt, findet das gegenwärtige Gesetz keine Anwendung. Nach §. 2 dürfte die Eintragung der Versorgungscasse nicht verlangt werden, wenn 1) das Statut den Anforderungen des Gesetzes entspricht, 2) durch das Statut des Sachverständigen der Gründungsplan correct befunden und 3) ein durch Eintrittsgeld oder Stiftung geschaffenes Garantiefund nachgewiesen war. Obgleich Fürst Bismarck's Pläne sich in anderer Richtung bewegen, wird doch auch dieser Entwurf ihm als Material für seine Vorarbeiten dienen.

Aus Berlin verlautet, daß sich der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Feldmarschall Freiherr von Wanteuffel, in den allerersten Tagen in Baden-Baden bei dem Kaiser melden wird. Es ist anzunehmen, daß der Marschall gleichzeitig über besonders wichtige Punkte in der Verwaltung der Reichsländer dem Kaiser Vortrag halten wird. Gegen Ende des nächsten Monats wird der Landesauschuß von Elsaß-Lothringen in Straßburg zusammenzutreten, um zunächst den neuen Etat zu berathen. Der Staatsrath, welcher alle Gesetzesentwürfe, bevor sie an den Landesaus- schuß gelangen, zu begutachten hat, wird bereits am Mittwoch seine Arbeiten wieder aufnehmen.

Dem Vernehmen nach wird auch aus der Mitte des Landesauschusses heraus beabsichtigt, dem Statthalter bei der ersten passenden Gelegenheit das unveränderte und besondere Vertrauen der Bevölkerung auszusprechen. Dieses Botsam dürfte, da die wenigen Dissidenten sich zurückziehen würden, einstimmig erfolgen.

Wie es heißt hat Graf Harry Arnim sich bei der Abweisung seines Gesuches um Strauß- schuß durch das Berliner Landgericht nicht be- ruhigt. Dasselbe hatte die ablehnende Entscheidung hauptsächlich damit motivirt, daß der schlimme körperliche Zustand des Grafen, um glaubhaft nachgewiesen zu erscheinen, nicht von Privatärzten, sondern von Berliner Gerichtsärzten bezeugt sein mußte. In Folge dessen hat Graf Arnim sich von dem Gerichtsarzt Geh. Sanitätsrath Dr. Liman neuerdings im Auslande untersuchen lassen und dessen mit den früheren ärztlichen Gutachten übereinstimmendes Attest, wonach eine Gefangenschaft im vorliegenden Falle lebensgefährlich wäre, dem Staatsanwalt mit einem neuen Antrage auf Ausschub der Straßvollstreckung über- senden lassen.

Graf Wilhelm Bis marck lehrt sich in ziem- lich leidenschaftlicher Weise gegen diejenigen Blätter, welche seine bekannte Steuerrede einer abfälligen Kritik unterzogen haben. „Wenn — so äußert sich der jugendliche Politiker — trotz meines ausdrück- lichen und öffentlichen Protestes, von dem Inhalte meines Vortrages Rückschlüsse auf die zukünftigen Maßnahmen des Herrn Reichskanzlers gemacht werden, so ist es ja für Preussengröße auf diesen zweifellos bequem, in einer Zeit, wo keine Kund- gebungen von ihm zu erwarten sind, ihm persönlich nahestehende Abgeordnete für seine politischen Pro- curisten zu erklären. Ich nehme aber wiederholt das Recht für mich in Anspruch, meine Ansichten zu äußern, ohne daß mir dergleichen Unterstellungen gemacht werden, wenn ich auch erwarte, daß mir eine gewisse Agitationspresse der oppositionellen Parteien dieses Recht nicht zugesieht.“

Einige englische und französische Blätter melde- ten, der deutsche Gesandte in Madrid, Graf Solms, habe sich von Madrid nach Berlin begeben, um wegen der Abtretung des an der maroccanischen Küste gelegenen Hafens von Santa-Cruz an Deutschland zu unterhandeln. Diese Meldung ist von uns schon als ganz un- glaubhaft bezeichnet worden. Nunmehr übernimmt die „Agence Havas“ die Wiederlegung derselben; weder hat Graf Solms Madrid verlassen, noch ist je die Rede davon gewesen, daß Spanien jenen Hafen an Deutschland abtreten würde.

Graf St. Vallier wird, gegenüber allen andern lautenden Behauptungen, in der zweiten Octoberwoche nach Berlin auf seinen Posten zurückkehren. In Berliner Regierungskreisen ist man von der jetzt feststehenden Thatsache sehr be- friedigt und auch den Wünschen des Volkstheaters selbst ist dadurch entsprochen worden.

Auf dem Karlsruher deutsch-böhmischen Parteitage bildete natürlich die vorher erfolgte Confiscation der Wiener Blätter, welche den Ent- wurf der vorzulegenden Resolution mitgetheilt hatten, den Gegenstand lebhaften Gesprächs. Die anwesenden Abgeordneten waren am Vormittag zu einer Besprechung zusammengetreten und hatten den Beschluß gefaßt, den Resolutionsentwurf un- verändert der Versammlung vorzulegen. Von diesem Beschlusse traten sie aber zurück, als die Bezirkshauptmannschaft ihnen ein Verbot der Verbreitung dieser Resolutionen juststellte und die vorhandenen Abdrücke in Beschlag nahm. Es ist indessen zu erwarten, daß gegen die verfügte Beschlagnahme noch alle zu- lässigen Rechtsmittel ergriffen werden. Es wird gefolgert, daß etwas Strafbares nicht in Auslassun- gen enthalten sein könne, an deren Redaction ein Mann wie Herrsch, der Strafrechtslehrer und che- mahlige Justizminister, theilhaftig sei. Vor der Hand entschied man sich bekanntlich aber dafür, die an- gefochtenen Resolutionen durch andere zu ersetzen, gegen welche Bedenken nicht zu erheben sind, und griff aus diesem Grunde auf die Resolutionen zu- rück, die schon auf dem württembergischen Parteitag in Brunn und auf dem niederösterreichischen in Wäd- lingen angenommen worden waren. Wir geben aus der angeführten Resolution die folgende überaus charakteristische Stelle wieder:

Der Parteitag mißbilligt die leichtfertige Art, mit welcher die Regierung die staatsrechtlichen Fragen behandelt, die nationale Empfindlichkeit un- nöthig verletzt oder ungebührlich erregt, und be- ruhigt Ertheilung parlamentarischer Majoritäten wichtige Interessen ganzer Volkstheile oder Stämme hintanzusetzen hat. Der Parteitag verurtheilt daher auch die für Höchsten erlassene Sprachens-Berord- nung und erklärt es als unerlässliche Aufgabe der Abgeordneten, mit aller Anfechtbarkeit für deren Aufhebung einzutreten. Diese Berordnung ist in allen sprachlich gemischten Staatstheilen unmöglich

Rech.-Kaufung 16,400.
Abonnementspreis viertel, 4 1/2, Hal-
und, Bringtonen 5 Rtl.,
durch die Post bezogen 6 Rtl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Rtl.
mit Postbeförderung 45 Rtl.
Inserate 5gepf. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unferem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionstich
die Spaltezeit 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Wabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praesumerando
oder durch Postverrechnung.